

April 2018

Eine Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Studieninformation.....	1
Die wichtigsten Ergebnisse	2
Datenschutz im Internet: Viele sorgen sich wegen möglichen Missbrauchs	3
Geringes Vertrauen in Facebook.....	4
Beziehungen zwischen Russland und dem Westen beunruhigen die Deutschen.....	6
Bürger fordern Dialogbereitschaft sowohl vom Westen als auch von Russland.....	7
Großes Vertrauen in Frankreich, kein Vertrauen in die Türkei	8
Start der Koalition überzeugt zwei Drittel der Bürger nicht	9
Kabinettsbesetzung: Positives Urteil über Merkel und Scholz, Mehrheit hält Seehofer für keine gute Besetzung	10
Unterschiede zwischen Arm und Reich sind größtes Problem für Zusammenleben in Deutschland	12
Soziale Unterschiede: Kleine Minderheit fühlt sich benachteiligt	13
Sonntagsfrage: wenig Bewegung in der politischen Stimmung.....	14

ARD – DeutschlandTREND April 2018
 Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
 der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 70:30)	
WDR-Autorin	Ellen Ehni	0221 220-1800
WDR-Redakteurin	Friederike Hofmann	0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Heiko Gothe	030 533 22 - 0
Erhebungsverfahren	Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.003 Befragte Sonntagsfrage: 1.503 Befragte	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	3. bis 4. April 2018 Sonntagsfrage: 3. bis 4. April 2018	
Schwankungsbreite	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Michael Kunert	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3

Die wichtigsten Ergebnisse

Die jüngst bekannt gewordenen Vorgänge um Facebook mit der widerrechtlichen Verwendung von Nutzerdaten lassen viele Internetnutzer an der Einhaltung des Datenschutzes im Netz zweifeln. Über die Hälfte gibt an, sich um einen Missbrauch ihrer persönlichen Daten sehr große (15 Prozent) bzw. große Sorgen (46 Prozent) zu machen. Neun von zehn Facebook-Nutzer äußern wenig (56 Prozent) oder gar kein Vertrauen (32 Prozent) zu haben, dass Facebook mit ihren persönlichen Daten verantwortungsvoll umgeht. Lediglich jeder zehnte Nutzer des Dienstes spricht dem Unternehmen großes Vertrauen aus (10 Prozent). 12 Prozent der Internetnutzer geben an, Facebook aufgrund der Berichte weniger zu nutzen. Nur wenige (2 Prozent) haben nach eigener Aussage die Verwendung von Facebook eingestellt. Etwa jeden vierten Internetnutzer (27 Prozent) hält dieser Vorfall jedoch nicht von der unveränderten Nutzung des sozialen Netzwerks ab. Die anderen nutzen Facebook nicht.

Der Blick auf das Verhältnis Russlands zum Westen erfüllt sechs von zehn Deutsche (61 Prozent) mit sehr großen bzw. großen Sorgen. Die Bürger fordern im Verhältnis zu Russland von beiden Seiten Dialogbereitschaft: Eine große Mehrheit (86 Prozent) fordert, dass sich der Westen stärker um einen Dialog mit Russland bemühen sollte. Noch mehr sehen aber auch Russland in der Pflicht zum Gespräch (91 Prozent). Jeder zweite Deutsche (48 Prozent) kann nachvollziehen, dass sich Russland vom Westen bedroht sieht. Drei Viertel der Bürger (72 Prozent) glauben allerdings auch, dass dem russischen Präsidenten Wladimir Putin jedes Mittel recht ist, um die Interessen seines Landes durchzusetzen.

Nach der längsten Koalitionsfindung in der Geschichte der Bundesrepublik hat die schwarz-rote Bundesregierung Mitte März ihre Arbeit aufgenommen. Nur wenige Wochen danach fällt das Urteil der Deutschen zur Regierungsarbeit sehr kritisch aus: Zwei Drittel der Deutschen (64 Prozent) sind unzufrieden mit der bisherigen Arbeit der schwarz-roten Koalition. Die Kabinettschefin findet mehrheitlich ein positives Echo in der Bevölkerung: 57 Prozent finden, dass Angela Merkel eine gute Besetzung für das Kanzleramt ist. Zu Beginn ihrer letzten Amtszeit im Januar 2014 fiel das Urteil über die Regierungschefin allerdings noch deutlich wohlwollender aus (75 Prozent). Den Sozialdemokraten Olaf Scholz als neuen Finanzminister hält jeder Zweite für eine gute Personalentscheidung (49 Prozent). Den CSU-Politiker Horst Seehofer halten lediglich 39 Prozent für eine gute Besetzung als Minister des Inneren, für Bau und Heimat.

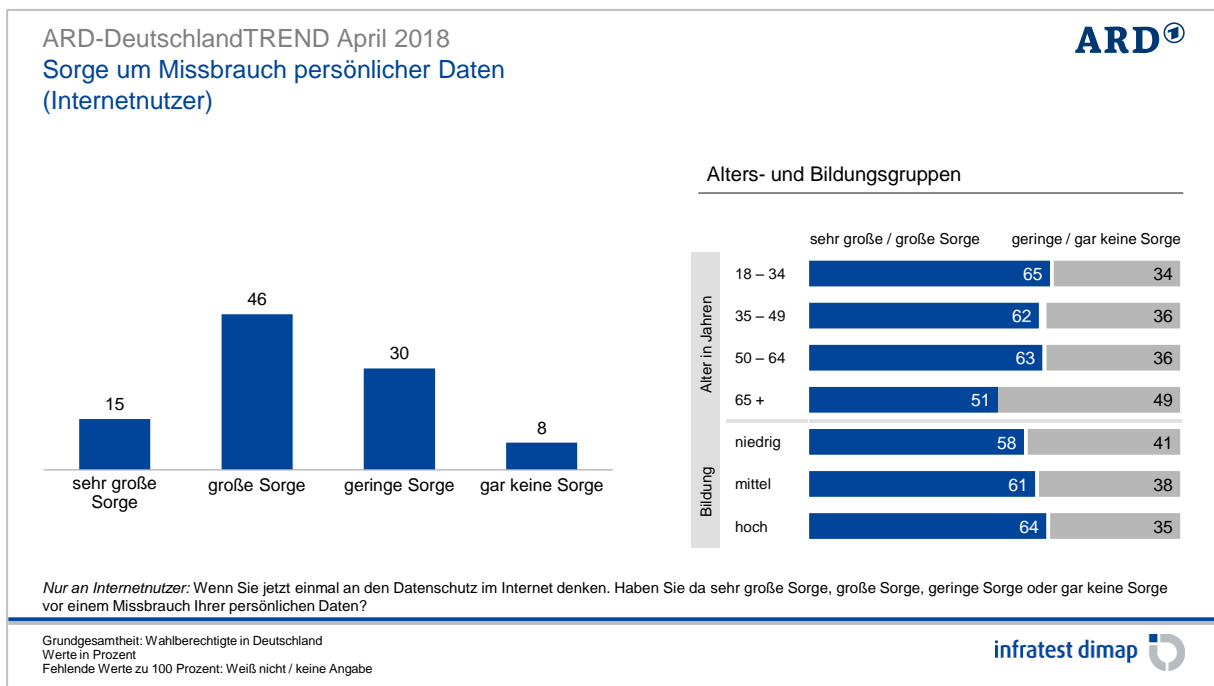
Die Bundeskanzlerin hat in ihrer ersten Regierungserklärung ihr Ziel formuliert, bis zum Ende der Legislaturperiode Spaltungen in der deutschen Gesellschaft zu überwinden. Aus Sicht der Bürger sind Unterschiede zwischen Arm und Reich das größte Problem für das Zusammenleben in Deutschland: Rund Acht von Zehn beschreiben dies als sehr großes bzw. großes Problem (83 Prozent). Fast genauso viele sehen eine geringe Toleranz gegenüber anderen Meinungen als sehr großes bzw. großes Problem (76 Prozent) an. Unterschiede zwischen dem Islam und anderen Religionen machen zwei Drittel als sehr großes bzw. großes Problem (67 Prozent) für das gesellschaftliche Miteinander aus. Kulturelle Unterschiede zwischen Menschen mit unterschiedlicher Herkunft sehen rund sechs von zehn als sehr großes bzw. großes Problem (62 Prozent) für das Zusammenleben in Deutschland an.

Wenn am nächsten Sonntag der Bundestag neu gewählt würde, käme die CDU/CSU auf einen Stimmenanteil von 33 Prozent, ein Minus von 1 Punkt im Vergleich zu Anfang März. Für die SPD würden sich unverändert 18 Prozent der Wählerinnen und Wähler entscheiden. Die AfD, im Vormonat noch bei 15 Prozent, verliert leicht an Unterstützung und erreicht aktuell 14 Prozent (-1). Damit ist sie nach wie vor stärkste Oppositionskraft vor den Grünen, die aktuell 12 Prozent (+1) der Stimmen auf sich vereinen könnten. Die Linke legt ebenfalls leicht zu und liegt mit 10 Prozent (+1) nun knapp vor der FDP (unverändert 9 Prozent).

Das sind die wichtigsten Befunde im aktuellen ARD-DeutschlandTREND von infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT.

Datenschutz im Internet: Viele sorgen sich wegen möglichen Missbrauchs

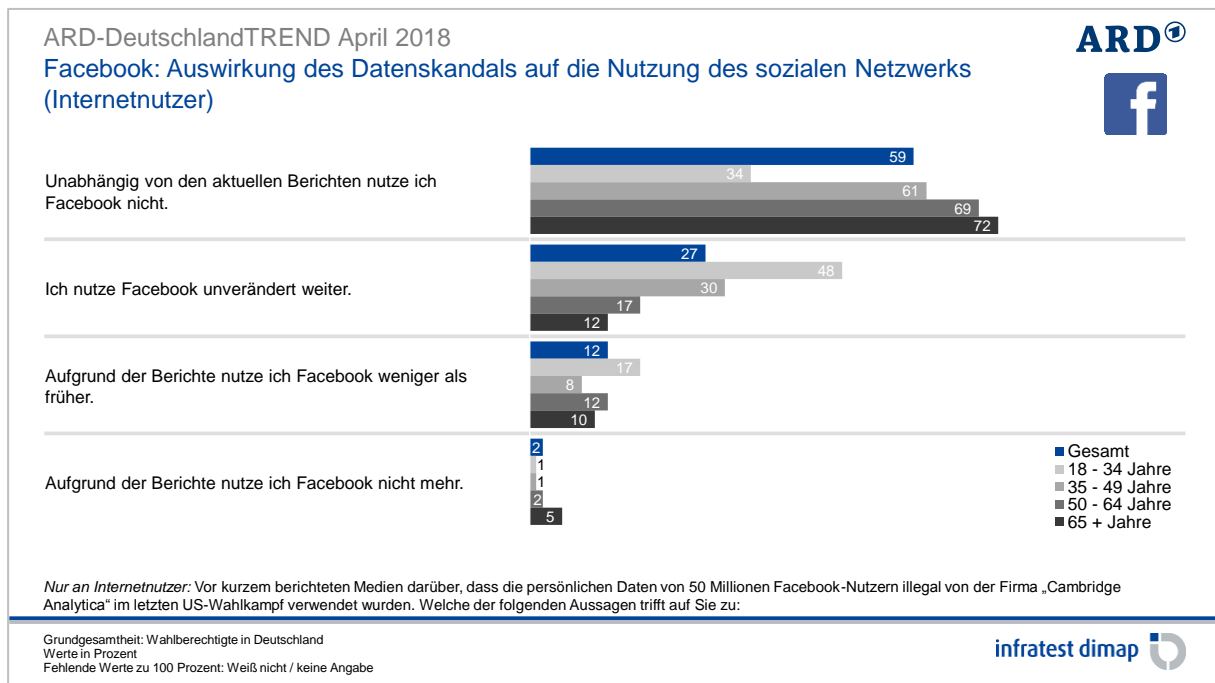
Die jüngst bekannt gewordenen Vorgänge um Facebook mit der widerrechtlichen Verwendung von Nutzerdaten lassen viele Internetnutzer an der Einhaltung des Datenschutzes im Netz zweifeln. Über die Hälfte gibt an, sich um einen Missbrauch ihrer persönlichen Daten sehr große (15 Prozent) bzw. große Sorgen (46 Prozent) zu machen. Drei von Zehn (30 Prozent) machen sich nur geringe Sorgen, dass ihre persönlichen Daten im Internet missbraucht werden könnten. Knapp jeden Zehnten (8 Prozent) treibt dieses Thema nicht um.



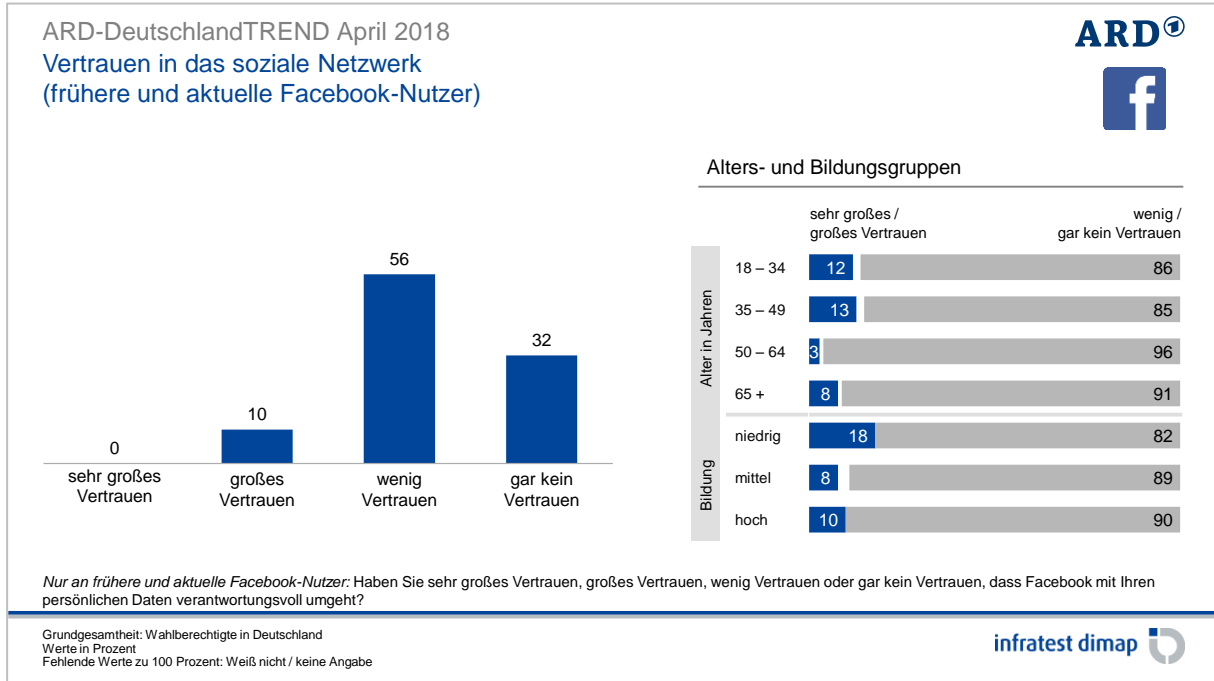
Bei dieser Frage zeigt sich ein klarer Generationenunterschied. Während zwei Drittel der 18 bis 34-jährigen Internetnutzer sich über den Missbrauch ihrer Daten besorgt zeigen, sind es bei den über 65-jährigen – die weniger Online-Dienste nutzen - lediglich 51 Prozent.

Gerings Vertrauen in Facebook

Wenn es um Datenschutz im Internet geht, steht ein Unternehmen gerade besonders im Fokus: das soziale Netzwerk Facebook. Vor kurzem wurde bekannt, dass die persönlichen Daten von 50 Millionen Facebook-Nutzern illegal von der Firma „Cambridge Analytica“ im US-amerikanischen Wahlkampf verwendet wurden. Dieser Skandal scheint auch hierzulande nicht ohne Konsequenzen geblieben zu sein: 12 Prozent der Internetnutzer geben an, Facebook aufgrund der Berichte weniger zu nutzen. Nur wenige (2 Prozent) haben nach eigener Aussage die Verwendung von Facebook eingestellt. Etwa jeden vierten Internetnutzer (27 Prozent) hält dieser Vorfall jedoch nicht von der unveränderten Nutzung des sozialen Netzwerks ab. Dies gilt überdurchschnittlich stark für die Jüngeren bis 34 Jahre. Sechs von zehn der befragten Onliner nutzen Facebook nach eigenem Bekunden ohnehin nicht (59 Prozent).

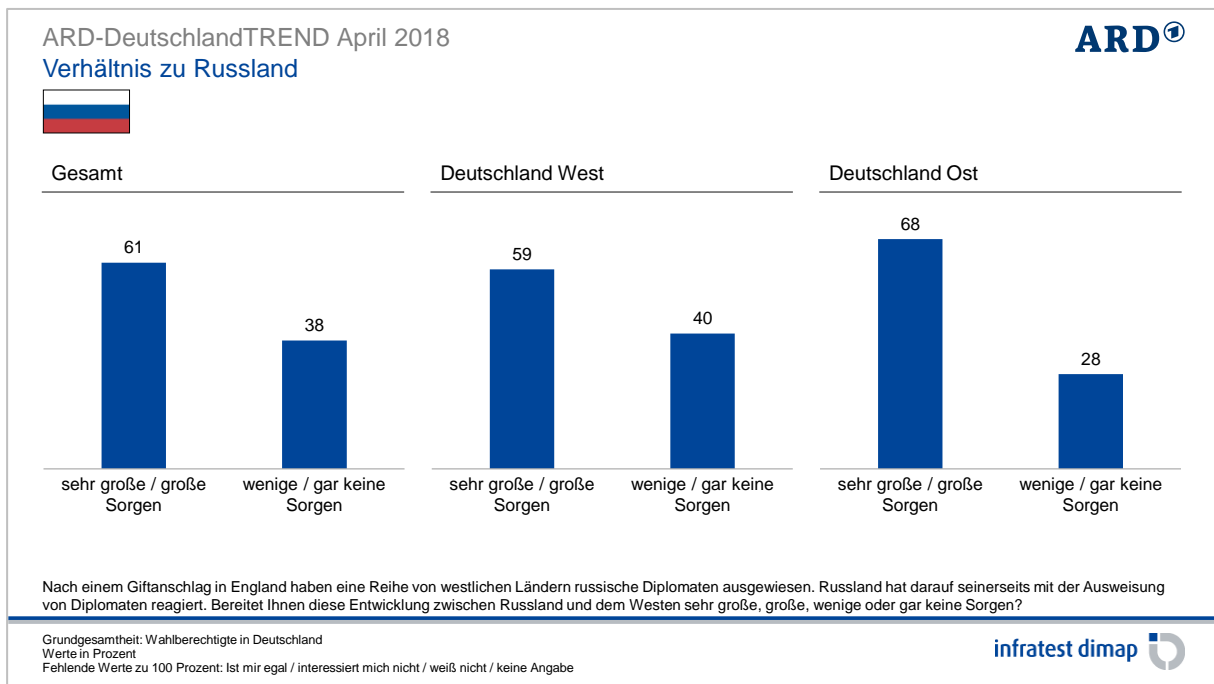


Insgesamt ist nach dem Datenskandal das Vertrauen in Facebook auf einem niedrigen Niveau. Neun von zehn Facebook-Nutzern geben an, wenig (56 Prozent) oder gar kein Vertrauen (32 Prozent) zu haben, dass Facebook mit ihren persönlichen Daten verantwortungsvoll umgeht. Lediglich jeder zehnte Nutzer des Dienstes spricht dem Unternehmen großes Vertrauen aus (10 Prozent).



Beziehungen zwischen Russland und dem Westen beunruhigen die Deutschen

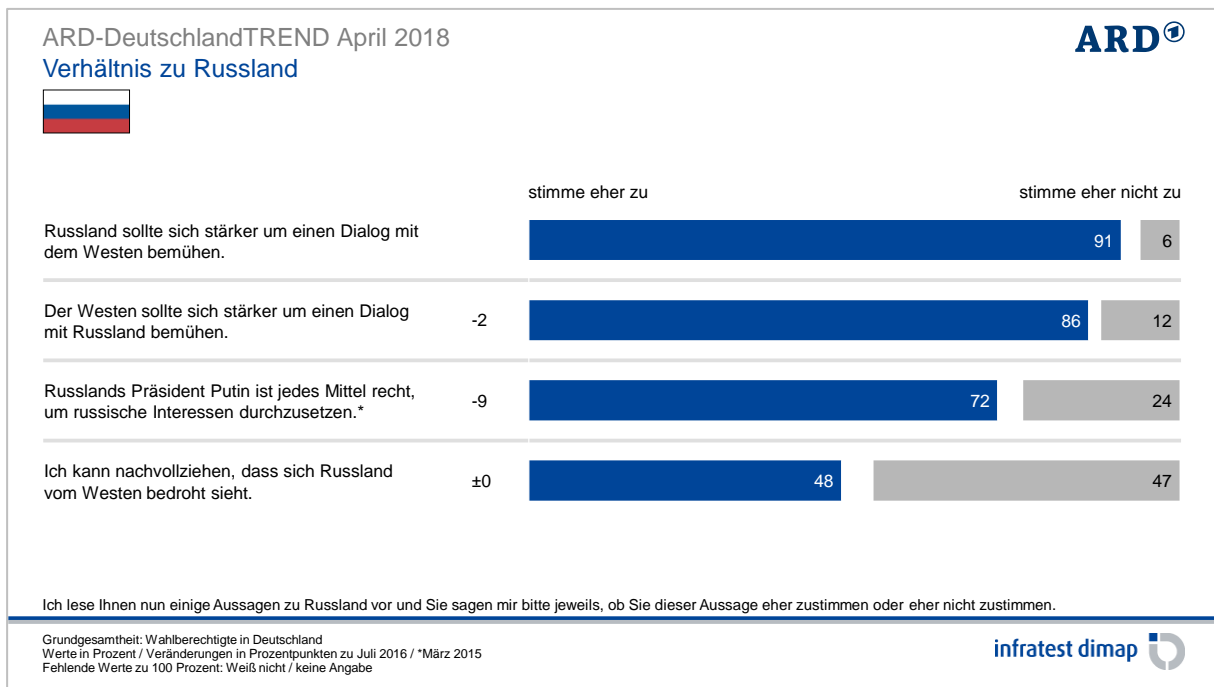
Die Beziehungen zwischen Russland und den westlichen Ländern sind seit längerem sehr belastet, und dies aus mehreren Gründen. Der Giftgasanschlag auf einen ehemaligen russischen Doppelagenten und die daraus resultierenden Folgen haben die Spannungen weiter angeheizt. Aus Sicht der Bundesbürger bietet diese Entwicklung Anlass zur Beunruhigung. Sechs von Zehn (61 Prozent) machen sich sehr große oder große Sorgen über die internationale Lage. Weniger groß fallen die Ängste bei rund drei von zehn Bundesbürgern aus (29 Prozent). Jeder Zehnte (9 Prozent) sieht gar keinen Anlass zur Beunruhigung.



In den neuen Ländern fallen die Sorgen mit 68 Prozent noch höher aus als im Westen mit 59 Prozent.

Bürger fordern Dialogbereitschaft sowohl vom Westen als auch von Russland

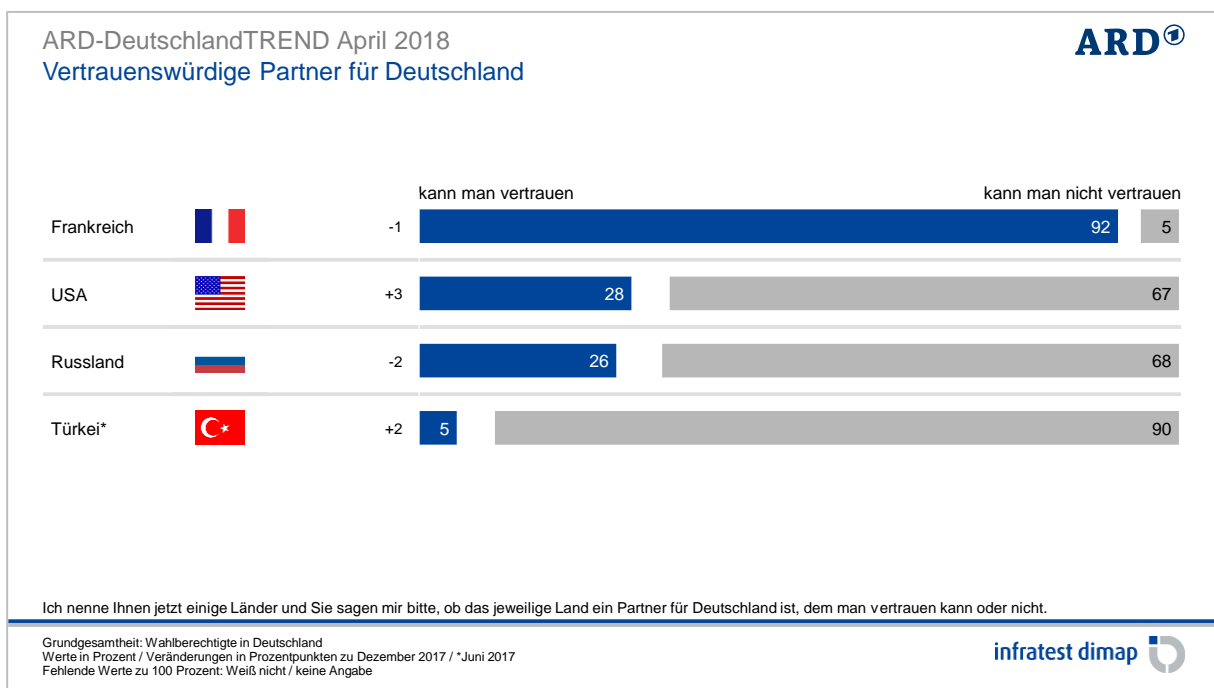
Die Bürger fordern im Verhältnis zu Russland von beiden Seiten Dialogbereitschaft. Eine große Mehrheit (86 Prozent) fordert, dass sich der Westen stärker um einen Dialog mit Russland bemühen sollte. Noch mehr sehen aber auch Russland in der Pflicht zum Gespräch (91 Prozent).



Auf der einen Seite kann jeder Zweite (48 Prozent) nachvollziehen, dass sich Russland vom Westen bedroht sieht. Auf der anderen Seite glauben fast drei Viertel der Bürger (72 Prozent), dass dem russischen Präsidenten Wladimir Putin jedes Mittel recht ist, um die Interessen seines Landes durchzusetzen.

Großes Vertrauen in Frankreich, kein Vertrauen in die Türkei

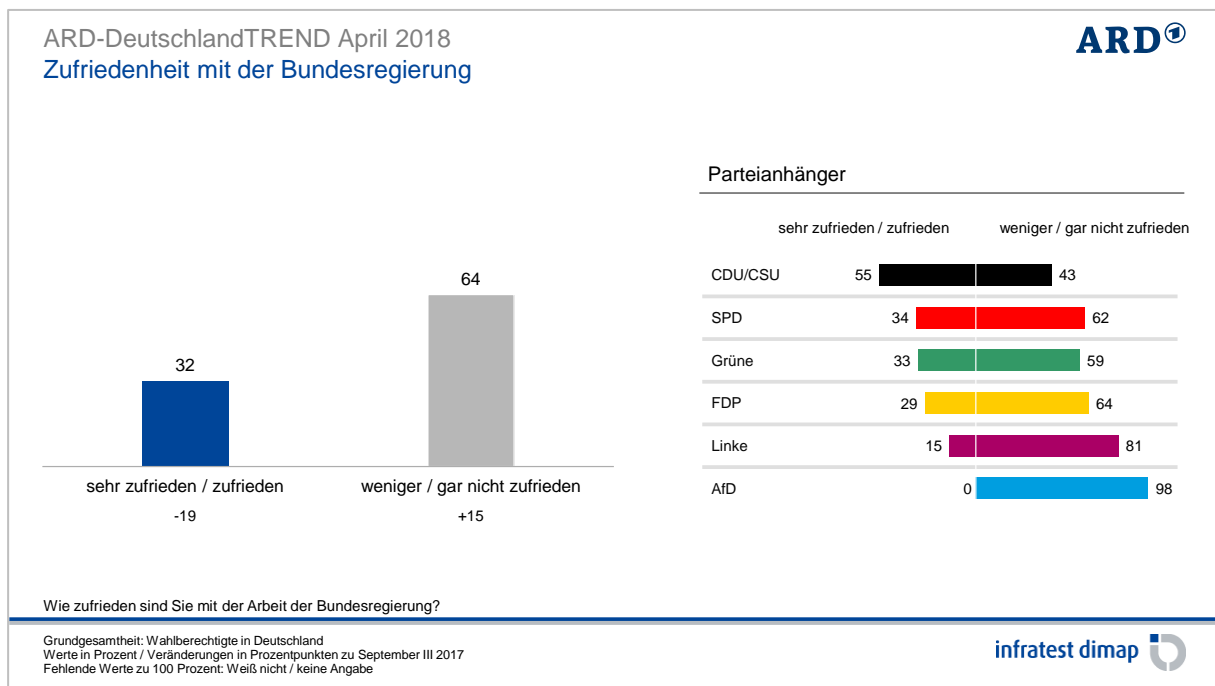
Angesichts der vielfältigen internationalen Verflechtungen der deutschen Politik und der Wirtschaft sind verlässliche Partnerländer von großer Bedeutung. Das Vertrauen der Bundesbürger in verschiedene Länder ist dabei sehr unterschiedlich ausgeprägt. Den mit Abstand größten Bonus genießt Frankreich. Nahezu alle Deutschen (92 Prozent) sehen in dem Nachbarn jenseits des Rheins einen verlässlichen Partner für die Bundesrepublik. Ganz anders fallen die Einschätzungen zu den beiden Großmächten USA und Russland aus. Jeweils knapp drei von zehn Bürgern halten die beiden Ländern für vertrauenswürdig (USA 28 Prozent, Russland 26 Prozent). Besonders schlecht ist es um das Image der Türkei bestellt. Lediglich 5 Prozent sprechen dem Land am Bosphorus Verlässlichkeit zu.



An diesen Ergebnissen hat sich in den letzten Monaten wenig verändert. Lediglich die USA konnten im Vergleich zum Dezember letzten Jahres etwas an Vertrauen gewinnen (+3 Punkte). Auf niedrigerem Niveau gilt das ähnlich für die Türkei (+2 im Vergleich zum Juni 2017).

Start der Koalition überzeugt zwei Drittel der Bürger nicht

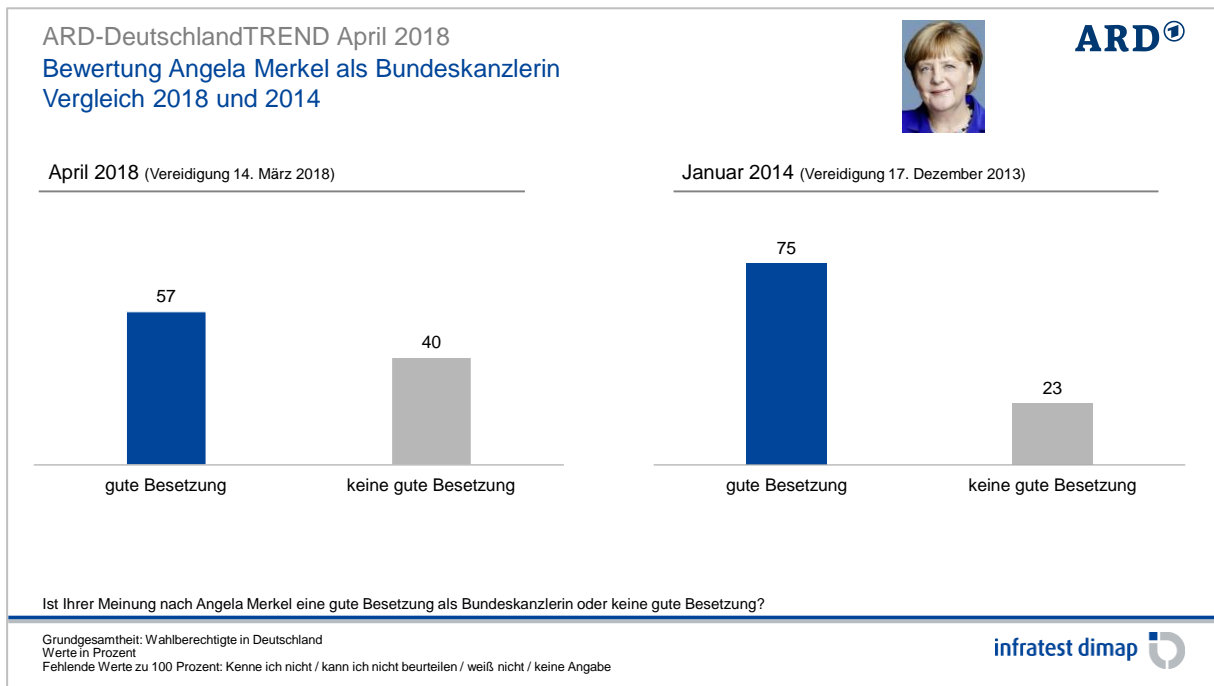
Nach der längsten Koalitionsfindung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat die schwarz-rote Bundesregierung Mitte März ihre Arbeit aufgenommen. Nur wenige Wochen danach fällt das Urteil der Deutschen zur Regierungsarbeit sehr kritisch aus. Aktuell sind zwei Drittel der Deutschen weniger (45 Prozent) bzw. gar nicht zufrieden (19 Prozent) mit der Arbeit der schwarz-roten Koalition. Demgegenüber äußert sich ein Drittel sehr zufrieden (1 Prozent) bzw. zufrieden (31 Prozent) mit den ersten drei Wochen des Bündnisses aus Union und SPD.



Die Anhänger der Union sind mehrheitlich zufrieden mit dem Start der Merkel-Regierung (55 Prozent). Allerdings äußert eine große Minderheit Unmut (43 Prozent). In der SPD-Anhängerschaft zeigt sich ein umgekehrtes Meinungsbild: ein Drittel ist zufrieden, zwei Drittel sind unzufrieden (34:62 Prozent).

Kabinettsbesetzung: Positives Urteil über Merkel und Scholz, Mehrheit hält Seehofer für keine gute Besetzung

Die Kabinettschefin findet mehrheitlich ein positives Echo in der Bevölkerung: 57 Prozent finden, dass **Angela Merkel** eine gute Besetzung für das Kanzleramt ist, 40 Prozent halten sie für keine gute Besetzung. Zu Beginn ihrer letzten Amtszeit im Januar 2014 fiel das Urteil über die Regierungschefin noch deutlich wohlwollender aus: Damals hielten 75 Prozent Merkel für eine gute Wahl.

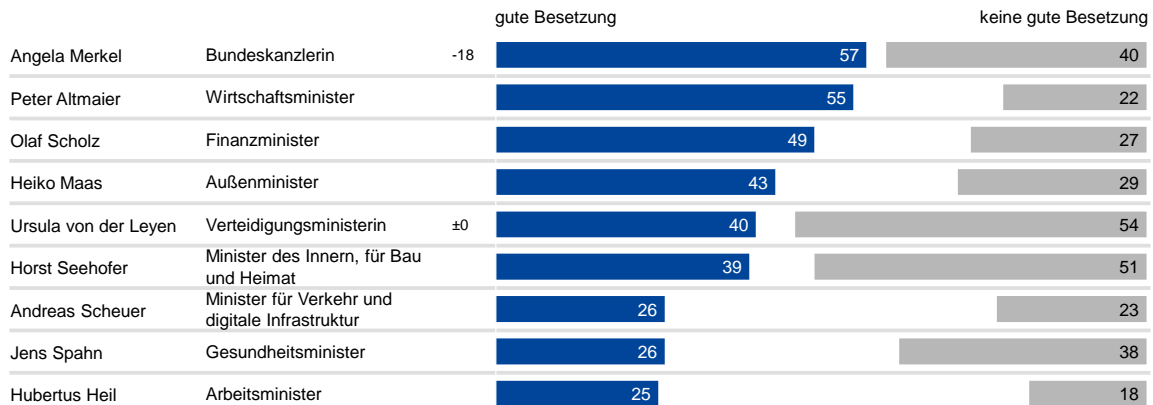


Die personelle Besetzung einiger ausgewählter Fachressorts beurteilen die Bürger sehr unterschiedlich. Die Besetzung des Wirtschaftsministeriums durch den CDU-Politiker **Peter Altmaier** wird mehrheitlich positiv bewertet: 55 Prozent finden, dass er eine gute Besetzung für das Amt ist, 22 Prozent sind gegenteiliger Meinung. Den Sozialdemokraten **Olaf Scholz** als neuen Finanzminister hält jeder Zweite für eine gute Personalentscheidung (49:27 Prozent). Überwiegend positiv wird auch **Heiko Maas** in seiner neuen Funktion als Außenminister gesehen (43:29 Prozent). Auch beim SPD-Politiker **Hubertus Heil** als neuem Arbeits- und Sozialminister überwiegt die positive Wahrnehmung (25:18 Prozent). Allerdings traut sich die Hälfte der Befragten noch kein Urteil über Heil zu.

ARD-DeutschlandTREND April 2018

ARD ¹

Bewertung des Kabinetts



Ich nenne Ihnen nun einige Ministerinnen und Minister der Großen Koalition. Ist Ihrer Meinung nach ... eine gute Besetzung als ... oder keine gute Besetzung? Wenn Sie die eine oder andere Person nicht kennen, sagen Sie mir das bitte.

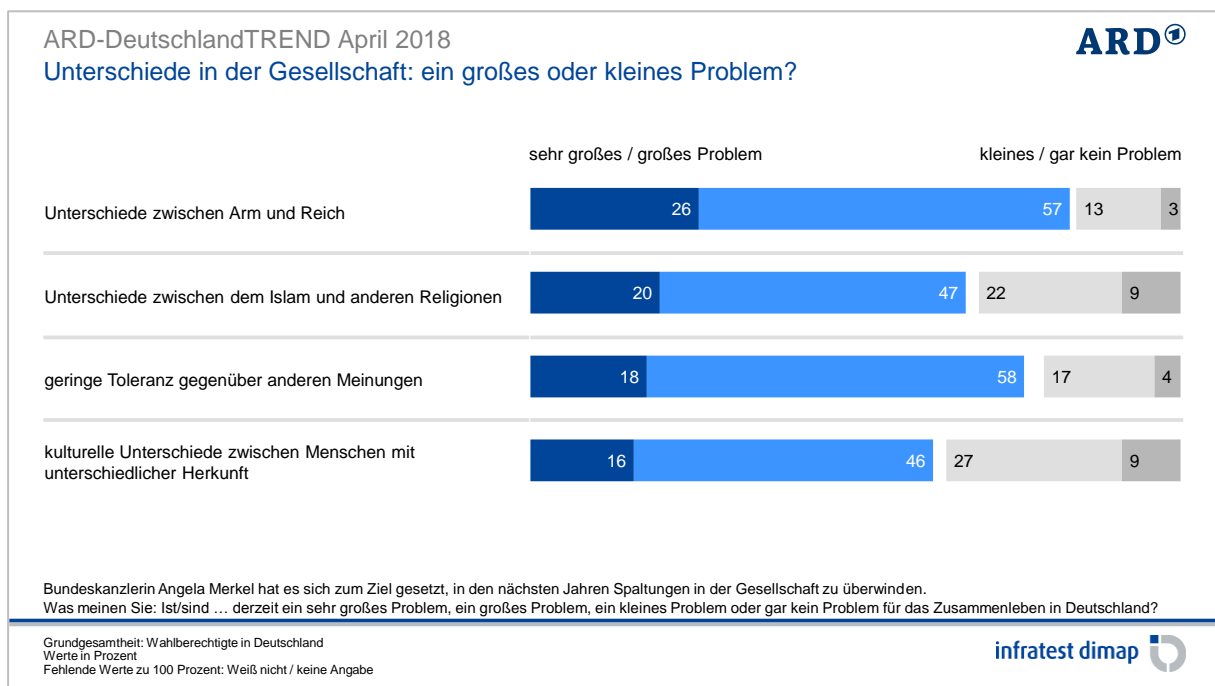
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
 Werte in Prozent / Veränderungen in Prozentpunkten zu Januar 2014
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: Kenne ich nicht / kann ich nicht beurteilen / weiß nicht / keine Angabe

infratest dimap 

Auch die neuen Ressortleiter im Verkehrs- und im Gesundheitsministerium kennen viele Bürger noch nicht. Davon abgesehen überwiegt bei **Andreas Scheuer** (26:23 Prozent), CSU-Minister für Verkehr und digitale Infrastruktur, die positive Bewertung. Anders bei **Jens Spahn** (26:38 Prozent), CDU-Gesundheitsminister, bei dem die Skepsis ob seiner Eignung für das Amt überwiegt. Allerdings werden nicht nur die Kabinettsneulinge der Union kritisch gesehen: Auch die alte und neue Verteidigungsministerin **Ursula von der Leyen** überzeugt die Deutschen mehrheitlich nicht von ihrer Eignung (40:54). Gleiches gilt für den CSU-Politiker **Horst Seehofer**: 51 Prozent der Deutschen halten ihn für keine gute Besetzung als Minister des Inneren, für Bau und Heimat. Selbst knapp die Hälfte der der Unionsanhänger ist dieser Meinung. Demgegenüber vertreten 39 Prozent der Deutschen die Auffassung, dass der bisherige bayerische Ministerpräsident eine gute Besetzung für das Innenressort ist.

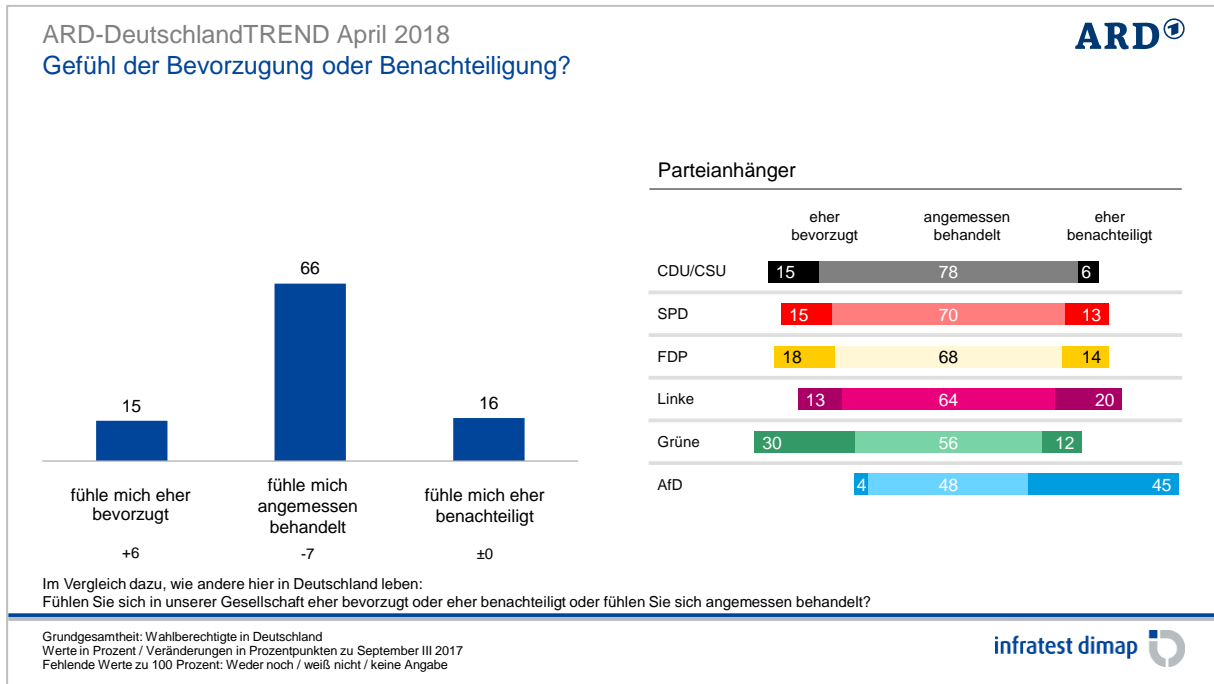
Unterschiede zwischen Arm und Reich sind größtes Problem für Zusammenleben in Deutschland

Die Bundeskanzlerin hat in ihrer ersten Regierungserklärung ihr Ziel formuliert, bis zum Ende der Legislaturperiode Spaltungen in der deutschen Gesellschaft zu überwinden. Aus Sicht der Bürger sind Unterschiede zwischen Arm und Reich das größte Problem für das Zusammenleben in Deutschland: Rund Acht von Zehn beschreiben dies als sehr großes (26 Prozent) bzw. großes Problem (57 Prozent). Fast genauso viele sehen eine geringe Toleranz gegenüber anderen Meinungen als sehr großes (18 Prozent) bzw. großes Problem (58 Prozent) an. Unterschiede zwischen dem Islam und anderen Religionen machen zwei Drittel als sehr großes (20 Prozent) bzw. großes Problem (47 Prozent) für das gesellschaftliche Miteinander aus. Kulturelle Unterschiede zwischen Menschen mit unterschiedlicher Herkunft sehen rund Sechs von Zehn als sehr großes (16 Prozent) bzw. großes Problem (46 Prozent) für das Zusammenleben in Deutschland an.



Soziale Unterschiede: Kleine Minderheit fühlt sich benachteiligt

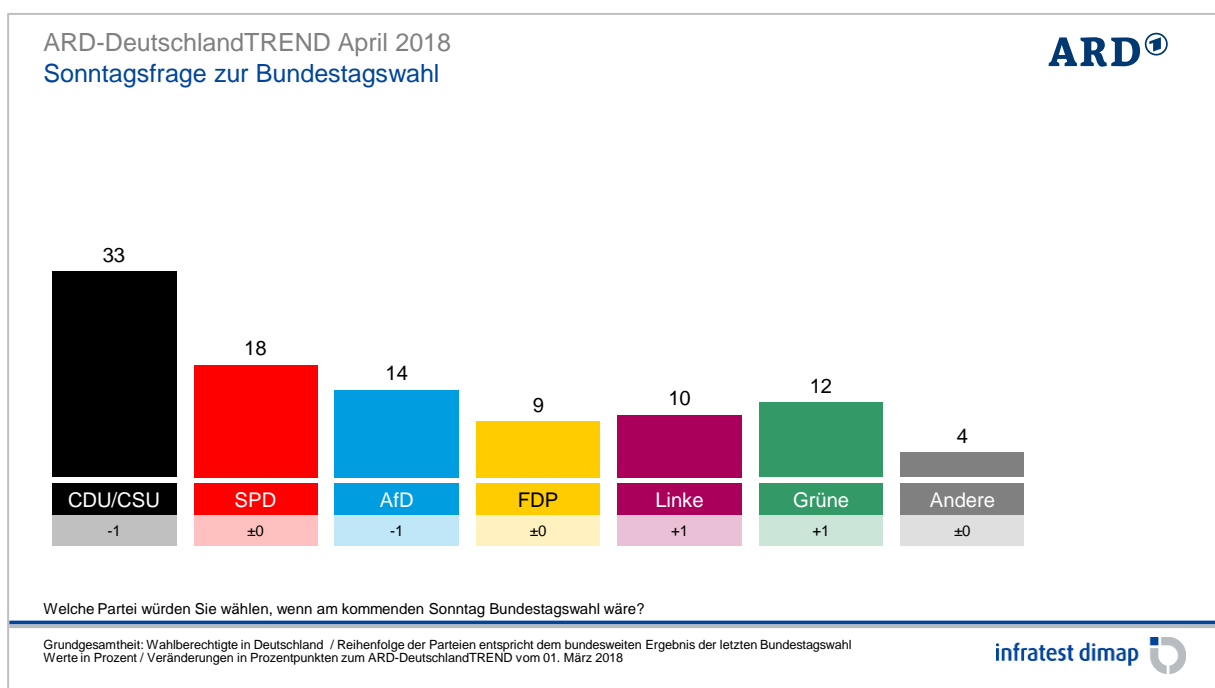
Eine Mehrheit der Deutschen fühlt sich in unserer Gesellschaft angemessen behandelt. Im Vergleich dazu, wie andere Menschen in Deutschland leben, sehen 66 Prozent für sich persönlich keine Bevorzugung oder Benachteiligung. Knapp jeder Siebte (15 Prozent) gibt an, sich eher bevorzugt zu fühlen. Etwa genauso viele (16 Prozent) fühlen sich indes eher benachteiligt. Im Vergleich zum September 2017 ist der Anteil der Menschen, die sich bevorzugt fühlen, angewachsen.



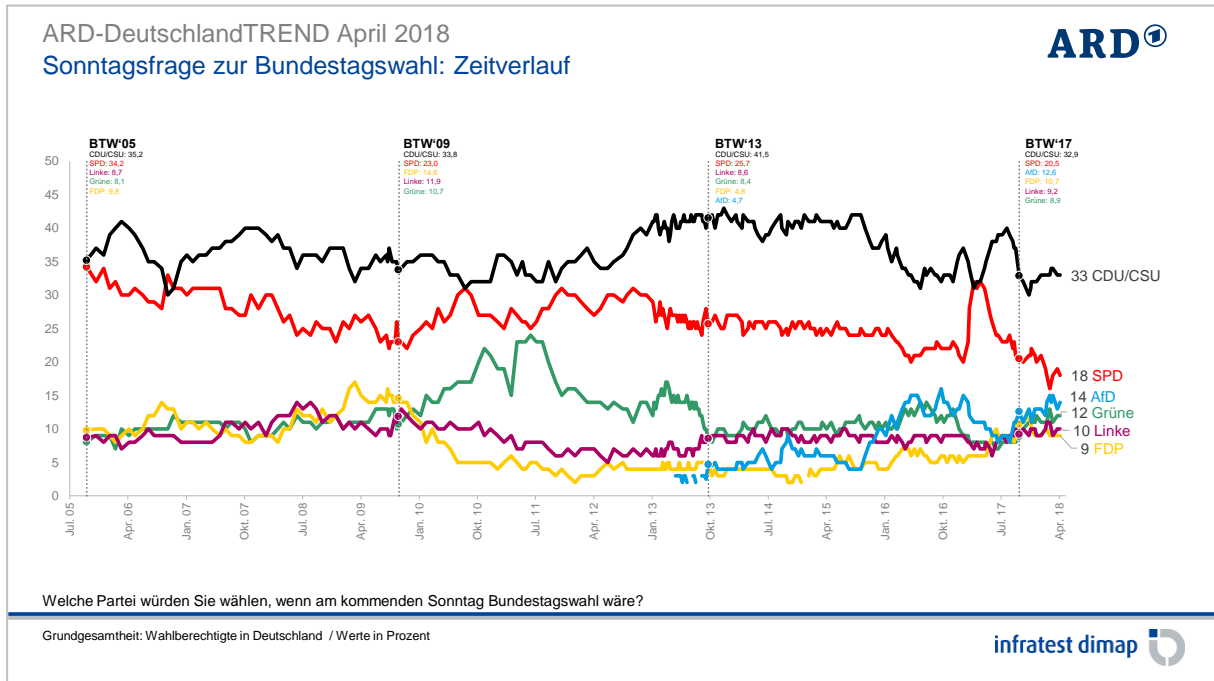
Das Gefühl der Benachteiligung gegenüber anderen ist in den berufsaktiven Altersjahren von 35-64 Jahren sowie bei niedrig Gebildeten und Menschen mit niedrigen oder mittleren Einkommen überdurchschnittlich hoch. Unter den Parteianhängern fühlen sich die Anhänger der AfD deutlich häufiger benachteiligt (45 Prozent) als die Anhänger anderer Parteien. Bevorzugt sehen sich eher Personen mit hoher Bildung und hohem Einkommen, junge Menschen und Anhänger der Grünen. Über alle Bevölkerungsgruppen hinweg dominiert jedoch das Gefühl, angemessen behandelt zu werden.

Sonntagsfrage: wenig Bewegung in der politischen Stimmung

Wenn am nächsten Sonntag der Bundestag neu gewählt würde, käme die CDU/CSU auf einen Stimmenanteil von 33 Prozent, ein Minus von 1 Punkt im Vergleich zu Anfang März. Für die SPD würden sich unverändert 18 Prozent der Wählerinnen und Wähler entscheiden. Die AfD, im Vormonat noch bei 15 Prozent, verliert leicht an Unterstützung und erreicht aktuell 14 Prozent (-1). Damit ist sie nach wie vor stärkste Oppositionspartei vor den Grünen, die aktuell 12 Prozent (+1) der Stimmen auf sich vereinen könnten. Die Linke legt ebenfalls leicht zu und liegt mit 10 Prozent (+1) nun knapp vor der FDP, die wie im Vormonat bei 9 Prozent liegt. Alle anderen Parteien kämen zusammen genommen auf 4 Prozent.



Wäre dies das Ergebnis einer Bundestagswahl gäbe es keine anderen Koalitionsoptionen als derzeit.



Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

--

Michael Kunert / Reinhard Schlinkert